

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
Einzelheft 450 M., monatlich 1,50 M.,
trai ins Haus, herausgehend Einzelne
Nummern 10 M., Postbezug: Monatlich
1,50 M. Unter Preisband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.— M., für das übrige Ausland
4,50 M. monatlich. Bestand ins Jahr
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 M.
Postbestellungen nehmen an: Dörmann,
Hollmann, Lauenburg, Schindler und
die Sonntags-Veranstaltungen in die
Post-Zeitungs-Veranstaltung.
Ercheinung täglich.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
Bericht, die Lebensversicherungskontrollen
zu 50 M. „Kleine Anzeigen“, das
beständigste Blatt 30 M., 10-
tägig 2 tetradaktische Blätter, jedes
meiner Blatt 10 M., 2-tägige Blätter
und Schließungsanzeigen das erste
Blatt 10 M., jedes weitere Blatt 5 M.,
Blatt über 15 Blätter höher für
zwei Blätter. Tagesausgaben 20 M.,
Wochenblätter 50 M., politische u.
gewerbliche Anzeigen 40 M. die Seite.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 13. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

für das gleiche Wahlrecht!

Die erste Lesung der drei großen preussischen Reformvorlagen im Abgeordnetenhaus liegt hinter uns. Ihr Ergebnis ist für alle Freunde des neuen und freien Preussens der Zukunft wenig ermutigend. Das die weitaus stärkste Fraktion,

die Konservativen,

mit äußerster Kraftanstrengung gegen das gleiche Wahlrecht anrennen würden, war vorauszusetzen. Bedanken sie doch ihre ganze Nachstellung in Preußen in allererster Linie dem schmachvollen Klassenwahlrecht! Sie wissen, daß es für sie um Sein oder Nichtsein geht und deshalb sehen sie, die patentierten „Stützen des Thrones“, alles daran, das feierliche Königsversprechen zu zerreißen wie einen wertlosen Fingerring. Das zwischen ihnen und den Wahlrechtsfreunden der Kampf mit äußerster Erbitterung entbrennen würde, war vorauszusetzen. Und auch die offen zutage getretene Feindschaft der

freikonservativen Partei

gegen das gleiche Wahlrecht nimmt nach der ganzen Vergangenheit dieser Partei nicht wunder.

Aber zu bewerten ist dagegen die Haltung

des Zentrums und der Nationalliberalen.

Die Führer dieser beiden Parteien im Reichstag haben sich ausdrücklich mit jenem Programm einverstanden erklärt, dessen Durchführung die Regierung Hertling-Fayer-Friedberg auf ihre Fahne geschrieben hat. Ein Hauptstück dieses Programms war die Inne- und rasche Durchführung der preussischen Wahlreform. Was soll man dazu sagen, wenn man erleben muß, daß wenige Wochen später die Führer der gleichen beiden Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus, die Herren Dr. Forch und Dr. Lohmann, mehr oder minder offen dem gleichen Wahlrecht Fehde ansagen? Herr Dr. Forch erklärte, daß sich nur „ein Teil“ seiner Freunde mit dem Gedanken des gleichen Wahlrechts zu befreunden vermöge, während Herr Dr. Lohmann gar nur für „einige“ Nationalliberale die Erklärung abgeben konnte, daß sie sich unter den Einwirkungen des Krieges mit dem gleichen Wahlrecht abgefunden hätten. Aber auch diese „Einige“ wollten dem gleichen Wahlrecht nur dann zustimmen, wenn die Vorrechte der „gebildeten Kreise des Volkes“ durch allerlei besondere Maßregeln sorgsam vor dem Uebergriff der „Masse“ geschützt werden! So bleiben außer den dank des Klassenwahlrechts nur 10 Abgeordnete zählenden beiden sozialdemokratischen Fraktionen und einigen kleineren Parteiführern nur noch die Fortschrittler mit ihren 40 Mandaten als Freunde des gleichen Wahlrechts übrig. Sollten im Abgeordnetenhaus werden die guten und gesunden Grundgedanken der Regierungsvorlage ohne Zweifel auf den denkbar schärfsten Widerspruch stoßen.

Und leider haben — soweit es auf den parlamentarischen Kampf allein ankommt — die Wahlrechtsfeinde, deren Reue von der Offen am 7. Dezember im Abgeordnetenhaus sogar

vor offenen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht nicht zurückschreckte,

nur allzu günstige Aussichten für das Gelingen ihrer Pläne. Die drei Vorlagen sind gegen den entschiedenen Widerspruch der Linken nur einer einzigen Kommission überwiesen worden, deren Beratungen sich, wenn es nach dem Willen der Konservativen geht,

viele Monate hinziehen

sollen. Hat Herr von Heubrand doch in nur allzu leicht durchschaubarer Absicht heute schon angekündigt, die konservative Partei werde unter allen Umständen auf der „gründlichsten und sorgsamsten Prüfung“ der Vorlagen in der Kommission bestehen. Mit anderen Worten: die Konservativen wollen der Wahlreform das Schicksal der Kanalvorlage bereiten, die bekanntlich mit Hilfe ähnlicher Verschleppungsmanöver

niemals

zustande gekommen ist! Zunächst geht das Ziel der Wahlrechtsfeinde darauf hinaus, die Erledigung der Vorlagen mindestens bis nach dem Friedensschluß hinauszuziehen.

Sie sind davon überzeugt, daß dann so zahlreiche und schwierige Fragen finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art zu erledigen sein werden, daß das Interesse für die Wahlreform dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt wird.

So will man die so oft schon betrogenen Massen des preussischen Volkes abermals um ihr gutes Recht prellen!

Dieser schmachvolle Plan der Ritters von der eisernen Stirn kann nur dadurch zunichte gemacht werden, daß

das preussische Volk selbst auf die Bühne tritt.

In machtvollen Kundgebungen müssen überall in Preußen die Massen zusammenströmen, um ihrem Willen Gehör zu verschaffen!

Diesem Willen und den unabwendbaren Bedürfnissen des preussischen Volkes entspricht auch die Regierungsvorlage noch keineswegs. Anerkannt werden muß, daß die Regierungsvorlage nicht nur mit den ebenso veralteten wie bödartigen Einrichtungen der öffentlichen und indirekten Wahl ausräumt, sondern auch den infamsten Schandfleck des heutigen Wahlrechts, die Dreiklassenwahl, kurzerhand beseitigt. Diesen großen und bedeutungsvollen Fortschritten stehen aber auf der anderen Seite eine Reihe von Verschlechterungen des gegenwärtigen Zustandes gegenüber. Diese Verschlechterungen wurden in die Vorlage hineingearbeitet, um auf diese Weise die Rechte zu verflüchtigen, ihrem Widerstand die Spitze abzubreaken. Wie die Ergebnisse der ersten Lesung gezeigt haben, ist dieser Zweck keineswegs erreicht worden.

Worin bestehen die Bestimmungen der Vorlagen, die, ohne die Rechte zu verflüchtigen, auch die Geltung der Linken an dem Reformwerk sehr stark beeinträchtigen?

Da ist zunächst — von einer winzigen Konzession abgesehen — völlige

Aufrechterhaltung der alten Wahlkreiseinteilung.

Diese stammt noch aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und sichert den agrarischen Bezirken des Ostens ein dauerndes Uebergewicht über die Großstädte und Industriebezirke. Wie kann ein ernstes Reformwerk am Schlusse des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts, im vierten Jahre des Weltkrieges eine Wahlkreiseinteilung beibehalten wollen, die aus einer Zeit stammt, in der Preußen fast noch ein reiner Agrarstaat war, in der seine industrielle Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckte!

Nach schlimmer ist

die Heraufsetzung des Wahlrechtsalters vom 21. auf das 25. Lebensjahr.

In diesem Kriege haben zahllose junge Leute von sechzehn, achtzehn und neunzehn Jahren Leben und Gesundheit für Deutschlands Rettung in die Schanze geschlagen. Und nun sollen diese vielleicht als Krüppel heimkehrenden jungen Krieger noch 6 bis 8 Jahre lang nicht „reif“ genug sein, das Wahlrecht auszuüben!

Die schlimmste Neuerung aber ist — von kleineren Schönheitsfehlern abgesehen — die Bestimmung, daß man statt wie bisher ein halbes Jahr fünfzig

ein ganzes Jahr

in einer Gemeinde (in Berlin sogar in einem Wahlbezirk) gewohnt haben muß, um wählen zu dürfen. Das ist ein

schweres Unrecht gegen das arbeitende Volk,

das durch Arbeitslosigkeit und andere Schicksalsschläge des Wirtschaftslebens in viel höherem Grade als die bestehenden Klassen zum häufigen Wechsel seiner Arbeitsstätten und damit seiner Wohnplätze gezwungen ist. Ganz besonders schlimm würde die Neuerung

alle Kriegsteilnehmer treffen,

von denen Hunderttausende nach Friedensschluß genötigt sein werden, fern von der alten Heimat Lohn und Brot zu finden. So bedeutet die Neuerung eine brutale Entrechtung gerade derer, die jetzt mit ihren Leibern Deutschland und Preußen schützen!

Auß schärfste zu verurteilen ist auch

das Fehlen des Frauenwahlrechts

in der Regierungsvorlage. Dieser Krieg wäre niemals durchzuführen gewesen ohne das aufopfernde Eintreten vieler Millionen von Frauen an die Stelle der ins Feld gerückten Männer. Ohne Kurren haben sie die gleichen Pflichten auf sich genommen wie die Männer — diesen gleichen wirtschaftlichen Pflichten müssen endlich auch zugerechnet werden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte!

Ganz unzulänglich ist die vorgeschlagene

Reform des Herrenhauses,

in dem ein überwiegend harter agrarischer Einfluß nach wie vor aufrechterhalten werden soll, wenn man auch die Interessenvertretung der Städte, der Industrie und des Handels beträchtlich verflüchtigen will. Die Arbeiter sollen natürlich von dem „Haufe der Herren“ nach wie vor völlig ausgeschlossen bleiben. Schließlich steht in den Vorlagen der Regierung einer Erweiterung des Staatsrechts der Ersten Kammer eine in ihrer Folgerwirkung völlig unabsehbare und deshalb sehr ernst zu nehmende

Verkümmerung des Geldbewilligungsrechts des Abgeordnetenhauses

gegenüber, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann.

Mit einem Wort: Sei allen ihren unbestreitbaren Vorzügen weisen die Vorlagen der Regierung auch Mängel und Rückschritte in schwerer Menge auf. Um so kennzeichnender ist es, aber auch um so aufreizender muß es wirken, daß selbst diesen durchaus unzulänglichen Vorlagen gegenüber die Mehrheitsparteien zu einem Kampf auf Tod und Leben rufen!

Den reaktionären Nachenschaften und auch den unzulänglichen Vorschlägen der Regierung gegenüber bleiben

die Forderungen der Sozialdemokratie

die alten. Sie lassen sich in aller Kürze dahin zusammenfassen:

Völlige Beseitigung des Herrenhauses! Keine einschränkenden Bestimmungen über den Wohnsitz! Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts! Eine Forderung, die gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges ganz besonders in den Vordergrund gerückt werden muß! Neueinteilung der Wahlkreise! Einführung der Verhältniswahl, um auch den Minderheiten gerechte Vertretungen im Parlament zu gewährleisten! Erweiterung der Rechte der Volksvertretung statt ihrer Beschränkung!

Für diese Forderungen zieht die Sozialdemokratie in dem Wahlrechtskampf. Sie wird das Neuerliche an Kraft auszubieten haben, um nicht nur die Pläne der Rechten zu Falle zu bringen, sondern auch, um aus den Vorlagen der Regierung zum mindesten die Verschlechterungen auszumergen und vor allem dem

gleiches Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß ein Wahlrecht, und sei es auch das beste, niemals Selbstzweck sein kann. So kann und soll und auch das freie Preussenwahlrecht, für das wir jetzt in den Kampf ziehen, nichts anderes sein als der Boden, auf dem wir

das neue und freie Preussen der Zukunft

aufbauen wollen. Ein Preußen, befreit von dem engherzigen Besitzgeist der Vergangenheit, ein Preußen des freundigen und zielbewußten Fortschritts auf allen Gebieten! Des Fortschritts in Gesundheitswesen und Schulwesen, in Sozial- und Finanzpolitik! Ein Preußen der politischen Freiheit und des kulturellen Aufstiegs, das wirklich

„in Deutschland voran“

geht! Diesem Preußen gilt unser Hoffen und unser Kampf! Für dieses Preußen der Zukunft rufen wir alle Männer und Frauen Preussens auf die Schanzen! Um aber zu ihm zu gelangen, gilt es zunächst einmal das gleiche Wahlrecht zu erobern! Darum:

Kampf allen Verschleppungsmanövern! Nieder mit allen Wahlrechtsfeinden! Hoch das gleiche Wahlrecht!

Berlin, den 12. Dezember 1917.

Der Vorstand
der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuss
der Landesorganisation der Sozialdemokratie Preussens.

Asquith über den Frieden.

Asquith, der frühere Ministerpräsident und Führer der Liberalen, hat in Birmingham eine Rede gehalten, aus der Neuter lange Auszüge übermittelt. Man hat diese Rede angeht die Propaganda Lansdowne mit großer Spannung erwartet. Sie ist aber so vorsichtig gehalten, daß man alles und nichts herauslesen kann. Sie bewegt sich auf der Diagonale zwischen Lansdowne und Wilson. Beide werden so kommentiert, daß sie miteinander übereinstimmen und dann stimmt wieder Asquith mit ihnen überein. Es ist eines jener artigen Auslegerspiele, die auch in Deutschland beliebt sind — siehe die Zustimmung der Nationalliberalen zur Antwortnote an den Papst —, mit denen man aber dem Frieden nicht näher kommt.

Asquith erinnerte daran, daß er und Grey die Verantwortung für Englands Eintreten in den Krieg tragen, und versicherte, noch einmal vor dieselbe Situation gestellt, würde er genau wie damals handeln. „Wir hätten uns fernhalten können mit der Ausrede, daß unsere Verpflichtung Belgien gegenüber eine gemeinschaftliche und nicht eine Sonderverpflichtung war. Mit anderen Worten: wir hätten für uns den Frieden haben können um den Preis einer Rechtsverdrehung, um den Preis der Schande.“

Das Ziel sei jetzt der dauernde Frieden, und „es gibt zurzeit keinen größeren Feind des Menschengeschlechts als den Mann, der durch Wort oder Tat die Erreichung des Friedens erschweren würde.“

Asquith kam dann auf den Brief Lansdownes, in dem viel hineingelesen worden sei, was nicht darin stehe: „Wenn Lansdowne vorge schlagen hätte, daß wir unsere Kriegsführung abschneiden oder die Sache eines oder mehrerer unserer Verbündeten preisgeben sollen, oder daß wir den Feinden, die es bisher ständig ablehnten, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur anzudeuten, mitteilen sollen, daß wir bereit sind, um Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese Auslegungen seines Briefes entweder im Zustand oder in anderen Ländern erfolgt sind — so sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden.“

Lansdowne habe aber auch nichts anderes gewollt als Wilson: eine dauernde Friedensbürgschaft, gegründet auf die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes.

Was will England von Deutschland?

Asquith sagte dann weiter:

„Die wichtigste, und wie ich glaube, vorherrschende dauernde Verfeinerung unserer Kriegsziele liegt darin, daß die fernere, wenn auch unangekündete Absicht der Alliierten besteht, Deutschland zu demütigen, in Armut zu versetzen und schließlich als Faktor für die weitere und reichere Entwicklung der Menschheit zu zerstören. Es muß natürlich eingeräumt werden, daß weder hier noch in Amerika irgend ein derartiges Ziel je aufgestellt oder auch nur vorgeschlagen worden ist. Ich gehe zurück auf meine eigene Angabe unserer Kriegsziele, die ich in Guildhall im November 1914 machte. Damals sagte ich, daß wir das Schwert nicht früher in die Scheide stecken würden, als bis

die militärische Herrschaft Preussens sanft und endgültig zerbrochen sei. Bezüglich dessen, was wir unter dem preussischen Militarismus verstehen, verweise ich wiederum auf die letzte Rede des Präsidenten Wilson. Niemand droht dem Bestand, die Unabhängigkeit und die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reiches. Niemand unter den Alliierten versucht oder nimmt es sich heraus, die innere Verfassung und Einrichtung des künftigen Deutschlands vorzuschreiben. Es ist ein eingewurzelter Grundsatz der Demokratie, daß jedes organisierte Volk der maßgebende, endgültige und einzige verantwortliche Mächtigste seiner eigenen Regierungsform ist. Das ist also ihre eigene Sache. Woan wir und die übrige Welt beteiligt sind, ist nicht ein Volk, sondern ein System, das als Werkzeug zuerst in Preußen, dann im übrigen Deutschland verwendet wurde, jene doppelte Maschine des Militarismus und der Bureaucratie, zwei Rädchen, die sorgfältig und sinnreich ineinanderarbeiten. Das ist das System, welches die Gewalt als die oberste Macht auf den Thron gesetzt hat und welches sich selbst bei der Verfolgung seiner vermeintlichen Interessen die Freiheit zuerkennt hat, je nach den Bedürfnissen der Stunde die feierlichsten Verträge zu fälschen, zu verhöhnen oder aufzuheben, ein System, das in der Tat eine mehr als päpstliche Macht beansprucht, sich freizusprechen von Verpflichtungen und Beschränkungen, die die Rechte der Völker der Welt schützen. Das muß aufhören. Deutschland muß als eine rein geschäftliche Sache — abgesehen vom Gefühl der Ehre! — lernen, daß dieses System sich nicht bezahlt macht. Wir haben und wünschen keinen mörderischen und dauernden Streit mit der deutschen Nation. Wir erkennen an, was sie zu dem gemeinsamen Vorrat an Wissen und in der Forschung nach materiellen und geistigen Hilfsmitteln beigetragen hat und, wie ich glaube, noch beitragen wird.

Aber wenn ein Vertrag geschlossen werden soll, ein wirklicher und dauernder Vertrag, so muß er mehr sein als ein Stück Papier, geschrieben mit Tinte und gesiegelt mit Wachs. Er muß sich gründen auf den authentischen Beweis, daß das deutsche Volk bereit ist, ebenso wie wir den Grundsatz des gemeinsamen und gleichen Rechtes, nicht nur als bloß rechtlich oberste —, sondern tatsächlich beherrschende Autorität in der Welt anzunehmen, was durch geeignete und wirksame Maßnahmen vermittelt werden könnte. (Beifall.)

Asquith kam sodann auf die Freiheit der Meere zu sprechen, die im Frieden gefährdet sei, im Krieg aber nicht für die stärkste Seemacht zu einer Einschränkung ihrer Rechte führen dürfte, und meinte, daß der Feind, der den schändlichen U-Bootkrieg führt, kein Recht habe, von der Freiheit der Meere zu sprechen.

Weiter sprach sich Asquith — und dies ist das Harste Stück seiner Rede — entschieden gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Krieg aus. Während des Krieges müßten allerdings alle Methoden, militärische und wirtschaftliche angewendet werden: Ein reinlicher Friede, das ist es, was die Bevölkerung dieses Landes und sämtliche alliierten Völker wünschen. Und um ihn zu erreichen — nicht mehr, aber auch nicht weniger — sind sie unabweisbar in ihrer Entschlossenheit und in dem festen Willen, vorwärts zu gehen und alle notwendigen Anstrengungen und Opfer auf sich zu nehmen.“

So spricht ein vorsichtiger Mann in England, der sich nicht die Hände binden und sich alle Wege offen halten will. Welche Opfer und Anstrengungen noch notwendig sein werden, um den angestrebten „reinen Frieden“ zu erreichen, verschweigt er klüglich. Unverkennbar bleibt in Deutschland, wie ein ernster Mann ernsten Männern erzählen kann, Deutschland habe seine Friedensbedingungen

Der Luftkrieg im November — Vertikale Kämpfe zwischen Brenta und Piave.

Amlich. Großes Hauptquartier, 12. Dezember 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsintensität blieb in mäßigen Grenzen.

Im November betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 22 Heffelballone und 205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeschürzt sind.

Wir haben im Kampf 60 Flugzeuge und 2 Heffelballone verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

In einzelnen Abschnitten zwischen Brenta und Piave entwickelten sich örtliche Kämpfe, in denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 12. Dezember 1917, abends. Amlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Dezember 1917. (W. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Brenta und Piave erzielten wir in örtlichen Kämpfen Erfolge.

Der Chef des Generalstabes.

gen nicht angegeben, ja nicht einmal angedeutet. Mit dieser allen Tatsachen widersprechenden Fiktion wagt man also ebensowenig zu brechen wie mit der Vorstellung, England habe an Deutschland sein moralisches Sühnamt zu erfüllen und müsse ihm ein strenger aber gerechter Richter sein. Man hat nichts gegen das deutsche Volk, dafür alles gegen den deutschen Militarismus und übersehen geflissentlich, daß man dem deutschen Militarismus kein Haar feilschen kann, ohne tausend Deutschen die Schadel einzuquetschen. Die Versicherung also, man habe gewissermaßen nur eine schmerzlose Operation vor, kann auf uns herzulande, bei allem Ernst der Zeit, nur komisch wirken.

Dabei ist vollkommen klar, daß der deutsche Militarismus militärisch nicht besiegt werden kann, sondern daß sowohl er wie der Militarismus jedes anderen Landes nur politisch besiegt werden kann durch einen Frieden der Schwedengörde und der internationalen Abrüstung. Für diesen Frieden sind wir beide, haben und drängen, nur mit dem einen Unterschied: wir wollen ihn jetzt schon, ohne geschlagen zu sein, und drängen wollen sie ihn später einmal, wenn wir geschlagen sein werden. Es bleibt dabei, daß wir — weiß der Himmel wie! — geschlagen werden müssen. Worauf wir, auch die entschiedensten Gegner des Militarismus unter uns, nur sagen können: Es tut uns leid, aber wir können nichts dazu tun!

Das Boltsche Bureau veröffentlicht einen längeren offiziellen Artikel zur Rede Asquith, in dem an die Eroberungspläne der Entente sowie an die Verhände feindlicher Staatsmänner erinnert wird, in die inneren Verhältnisse Deutschlands dreinzugreifen. Dann wird das Kapitel Gewalttaten und Treubruch an den Beispielen Island, Griechenland, Italien und Rumänien abgehandelt. Wenn Asquith noch immer an der militärischen Niederwerfung Deutschlands festhalte, so sei man dem Frieden nicht näher: Asquith setze sich in Widerspruch mit der Wahrheit und den Tatsachen. „Er spricht als Advokat des „englischen“ Friedens, nicht eines Friedens, wie die Welt ihn braucht und wie Deutschland ihn erstrebt.“

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland sind wieder aufgenommen worden, über ihren Verlauf ist aber bisher nichts berichtet worden. Die russische Regierung hat bekanntlich den Wunsch, diese Verhandlungen öffentlich zu führen, und das deutsche Volk stimmt zweifellos mit diesem Wunsch überein. Darum sollten die russischen Mitteilungen über die Verhandlungen ohne Verzug und Kürzung der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wobei natürlich nicht das mindeste dagegen einzuwenden ist, daß sie durch deutsche Meldungen ergänzt werden.

Die „Prawda“, das Organ der russischen Regierung, warnt vor jedem Versuch, Polen, Litauen und Lettland dem deutschen Imperialismus zu unterwerfen. Gegenüber einem solchen Versuch würde das russische Meer die Ehre der russischen Revolution verteidigen, die Massen in England und Frankreich würden dann davon überzeugt sein, daß ihre Regierungen recht hatten, als sie sagten, ein loyaler Frieden mit Deutschland sei eine Unmöglichkeit. Aber auch die deutschen Arbeiter würden ihren Herren nicht folgen, falls diese den Krieg fortsetzen wollten, um Eroberungen im Osten zu machen.

Was tut Scheidemann in Stockholm?

Diese Frage richtet ein Berliner alldeutsches Blatt an die Regierung. Ob die Regierung darauf antworten will, wissen wir nicht. Sie hat aber gar keine Veranlassung dazu, weil Scheidemann nicht in ihrem Auftrage, sondern im Auftrage der sozialdemokratischen Partei in Stockholm weilt. Zu übrigen beantwortet sich die Frage des alldeutschen Blattes von selbst. Scheidemann tut in Stockholm etwas, womit neunundneunzig Prozent des deutschen Volkes einverstanden sind, er wirkt für den Frieden.

Ueber einen angeblichen Ausbruch des Staatssekretärs v. Kühlmann berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ folgendermaßen: „Herr v. Kühlmann soll gesagt haben, die Angelegenheiten seien nun einmal eine den Deutschen überlegene Sache und daraus müsse man die Konsequenzen ziehen. Diese Auffassung scheint in der Wilhelmstraße erblich zu sein.“ — Es ist offenbar, daß sich Herr v. Kühlmann so nicht ge-

äußert haben kann. Würde er dagegen gesagt haben, England und Amerika stellen vereint eine so große weltpolitische und wirtschaftspolitische Macht dar, daß es unmöglich sei, ihnen einen Frieden nach alldeutschen Wünschen aufzuzwingen, so würde er damit nur ausgedröhren haben, was jeder vernünftige Mensch ohne weiteres einsehen.

Für sozialistische Konzentration in Rußland.

Troßli an die Vorkämpfer der Alliierten.

Nach Petersburger Mitteilungen, die der „Frankf. Zig.“ aus Stockholm zugehen, ist sich die Leninische Regierung darüber vollkommen im klaren, daß sie ohne die Mitarbeit der Intelligenz auf die Dauer außer Stande ist, ihre jetzige Macht aufrecht zu erhalten. Doch hatten verschiedene Schritte gegen die Arbeitsverweigerung der Staatsbeamten sowie der Versuch, die gebildeten Elemente besonders des linken Flügels der Sozialrevolutionäre und Internationalisten für sich zu gewinnen, in den letzten Tagen Erfolg.

Das Blatt Maxim Gorkis, „Nowaja Sibir“, tritt nunmehr, nachdem auch die Wahlen zur Sobranje das Übergewicht der Bolschewiki außer Zweifel stellen, für das Zustandekommen einer radikal-sozialistischen Sammelregierung unter Führung Lenins ein. Der Volkskommissar Lunatscharski, der wöchentlich in großen Volksversammlungen über die Tätigkeit der neuen Regierung Bericht erstattet, erklärte gegenüber den Vorkämpfern der bürgerlichen Presse, die den Waffenstillstand als ein großes Wagnis bezeichneten: Wenn der Waffenstillstand nicht sofort auf allen Fronten erreichbar war, so ist das nicht die Schuld der Maximalisten. Wir haben das unfruchtbar getan. Wir haben die Verbündeten vorbereitet und werden erforderlichenfalls auch selbständig Frieden schließen. Wir wollen lieber dabei Verluste erleiden, als durch die Fortsetzung des Krieges dem sicheren Untergang entgegen zu gehen.

Von der Schweizer Grenze geht dem „N. A.“ die Petersburger Meldung zu, daß Troßli ein neues Schreiben an alle Vorkämpfer der Alliierten richtete, worin er sie auffordert, endgültig zu antworten, ob sie beabsichtigen, an den russischen Verhandlungen teilzunehmen. Er erwidert sie, im Falle einer negativen Antwort zu erklären, für welchen Zweck sie die Fortsetzung des Krieges für notwendig erachten.

Inzwischen ist aus Jarosloje Selo die gestern mitgeteilte Nachricht von der prinzipiellen Zustimmung der Alliierten zur Eröffnung von Verhandlungen über den Waffenstillstand verbreitet worden.

Kopenhagen, 12. Dezember. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Der neue Gesandte der Bolschewiki in Stockholm Borowski erklärte, daß die ungeheure Staatsschuld Rußlands herabgesetzt werden müsse, da Rußland sie unmöglich bezahlen könne.

England gegen den Austausch der Zivilgefangenen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „England und die Zivilgefangenen“:

Die englischen Blätter ergehen sich neuerdings wieder in beweglichen Klagen darüber, daß die britischen Zivilgefangenen in Rußland einen winterlichen Winter in dem rauhen Klima Preußens unter traurigen Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnissen zu verbringen hätten. Sie weisen gleichzeitig darauf hin, daß Deutschland auf der Forderung des Austausches aller gegen alle Zivilgefangenen bestünde und daß sich die englischen Vertreter auf der im Sommer dieses Jahres in Haag abgehaltenen Gefangenenkonferenz vergeblich bemüht hätten, die Entlassung der englischen Zivilgefangenen zu Bedingungen zu erreichen, die der Billigkeit mehr entsprächen.

Angeichts dieses Hinweises dürfte es für das englische Volk von Interesse sein zu erfahren, daß den englischen Unterhändlern im Gang von deutscher Seite die Entlassung sämtlicher englischen Zivilgefangenen in Deutschland gegen Entlassung einer gleichen Anzahl deutscher Zivilgefangenen in England und Internierung der übrigen in einem neutralen Lande angeboten worden ist. Dieses Angebot, das man sichlechterdings nicht unbillig nennen kann, ist indessen von englischer Seite zurückgewiesen worden.

Kriegsgefangene in Rußland freigelassen!

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Stockholm auf Grund russischer Freimeldungen berichtet, daß der Arbeiterrat ein Dekret ausarbeitet, wonach die Kriegsgefangenen die gleichen Rechte genießen sollen wie die übrigen in Rußland wohnenden Ausländer. Im Petersburger Militärbezirk gab man bereits die Gefangenen frei, die sich an Ehrenwort verpflichteten, an den Kämpfen nicht mehr teilzunehmen.

Die Revolution in Portugal.

Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Gorkis, Auswärtige Angelegenheiten und Krieg Sidonio Bacs, Inneres Machado Santos, Unterricht Alfredo Vogelhaes, Justiz Vera Pina, Öffentliche Arbeiten Feliciano Costa, Marine Dreste Branco, Handel Kabler Esteves, Finanzen Santos Siegas, Kolonien Abgeordneter Zamagnini Barbosa.

Nach einem Radiogramm des „Az Est“ aus Madrid herrscht in ganz Portugal eine furchtbare Hungersnot. Die Lebensmittelpreise sind außerordentlich gestiegen. Die Revolution in Oporto hatte zweifellos in diesen wirtschaftlichen Erscheinungen ihre Gründe. Die Revolution in Lissabon dagegen war zweifellos politischer Natur und gegen die radikale Regierung gerichtet. In Lissabon wurde das Kriegsrecht verhängt.

Bern, 12. Dezember. Zoner Blätter melden aus Lissabon: Die revolutionäre Junta ermgang am 10. Dezember die englische Militärmission. Sidonio Bacs erklärte, Portugal werde mehr als je an der Seite der Alliierten für Freiheit und Zivilisation kämpfen.

Die Verfolgungsaktion gegen Caillaux.

Die französische Regierung hat der Kammer das Ersuchen des Militärkommandeurs von Paris um Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Caillaux und Loustelot mitgeteilt.

Nach dem Schriftstück, in dem um die Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux nachgefragt wird, soll dieses als eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht haben durch Umtriebe, die geeignet gewesen seien, die Banden des Frankreichs bloßzustellen, ferner des Einverständ-

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitsbedingungen der russischen Metallarbeiter im Krieg.

Die Metallbearbeitungsindustrie Petersburgs ist im Kriege gewaltig erstarkt. Die alten Betriebe wurden erweitert, neue kamen hinzu. Angehende Profite floßen den Unternehmern zu. Aber die Metallarbeiter-Schaft hat von dieser Prosperität der Industrie wenig Nutzen gehabt. Die Löhne konnten zwar beträchtlich erhöht werden — sie stiegen in den ersten beiden Kriegsjahren um je 25 Proz. —, aber sie blieben in einem argen Mißverhältnis zu den ständig steigenden Lebensmittelpreisen. Selbst die große Streikbewegung in der Kriegindustrie im Frühjahr 1916 konnte einen dauernden Erfolg nicht bringen. Es fehlte an einer starken Organisation. Erst die Revolution brachte hier Wende; in Petersburg zählt der Verband jetzt 140 000 Mitglieder. Mittlerweile aber hat die Einschränkung der Produktion große Fortschritte gemacht; viele Unternehmen sind nach außen verlegt. Dem Metallarbeiterverband ist es nun gelungen, einen Vertrag mit dem kaiserlich-moskauerischen Petersburger Verein der Fabrik- und Werksbesitzer zustande zu bringen. In diesem Vertrag, der mit dem 21. August in Kraft getreten ist, sind die Arbeiter nach ihren Leistungen in vier Lohnklassen eingeteilt. Der Stundenlohn beträgt in der Gruppe I nach deutschem Gelde 3,86—4,29 M., Gruppe II 3,21—3,64 M., Gruppe III 2,65—3,00 M., Gruppe IV 2,50—2,81 M. Angelernte

Arbeiter erhalten 1,94—2,88 M., Arbeiterinnen bekommen 1,78 bis 2,16 M. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. In Moskau sind ebenfalls günstige Vereinbarungen abgeschlossen worden. Jetzt werden Verhandlungen gepflogen, die auf eine Ausdehnung der Verträge auf ganz Rußland abzielen.

Weihnachtsunterstützung im Gutmacherverband.

Nach einem Beschlusse des Vorstandes des Verbandes der Gut- und Filzwarenarbeiter zahlt die Verbandskasse eine Weihnachtsgratifikation von 8 M. an jedes Mitglied, das zu Weihnachten mindestens 14 Tage ohne Arbeit und als arbeitslos ausgezeichnet oder noch nicht bezugsberechtigt ist; ferner an jedes krankes Mitglied, das kein Krankengeld mehr bezieht oder noch nicht bezugsberechtigt ist; weiter an jedes invalide Mitglied, das als invalide ausgezeichnet ist und endlich an alle zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder oder an die Familien der einberufenen verheirateten Mitglieder.

Die Mitgliederversammlung der Filiale Berlin beschloß, zu dem von der Hauptkasse gewährten Satz folgende Zuschüsse aus der Lokalkasse zu zahlen:

1. An die Familien der Kriegsteilnehmer 7 M.
2. An alle im Heeresdienst stehenden ledigen Kollegen 2 M.
3. An alle unterstützungsberechtigte Arbeitslose, sowie an alle Invaliden 7 M.

Die Auszahlung erfolgt vom 18. bis einschließlich 21. Dezember im Bureau der Ortsverwaltung (Gewerkschaftshaus). Als Legitimation gilt für die Frauen der Kriegsteilnehmer der Kriegsunterstützungsschein, für die Arbeitslosen die Kontraktkarte.

Heberstunden kaufmännischer Angestellter.

Die Handelskammer zu Berlin hat folgendes gerichtliches Gutachten erlassen: „Es ist unter den jetzigen Verhältnissen üblich, daß in den Fabrikbetrieben Groß-Berlins die kaufmännischen Angestellten Heberstunden leisten müssen, wenn es von der Firma verlangt wird. Werden allerdings über einen längeren Zeitpunkt hinaus Arbeiten von den Angestellten gefordert, die in den gewöhnlichen Dienststunden nicht erledigt werden können, so stellt eine Vergütung der Mehrarbeit in geeigneter Form stattzufinden.“

Im gestrigen Bericht über die Versammlung der Arbeiter des Verwaltungsamtes ist, wie der Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin, mitteilt, ein Irrtum enthalten. Die Höchstgrenze von 240 M. pro Monat, über die hinaus die Familienbeihilfe nicht gezahlt oder entsprechend gekürzt wurde, bezieht, so lange diese Familienbeihilfe gezahlt wird. Daher konnten 282 M. auch früher nicht ausbezahlt werden. Durch die Beibehaltung dieser Höchstgrenze wird aber die geringfügige Lohnaufbesserung vollständig aufgehoben, indem die Familienbeihilfe um denselben Betrag der Lohn-erhöhung gekürzt wird.

Vetteransichten für das mittlere Norddeutschland als Freitag witten. Stenisch trübe und neblig, im Westen nur geringe, östlich der Ober etwas härtere Niederschläge, hauptsächlich Schneefall; Temperaturen in der Nähe des Meeres um 0.

Personenliste für Berlin: Erich Rantzau Berlin; für den besagten Teil des Platzes: Alfred Schatz, Kaufmann für Importe 23. Platz, Berlin; Erud u. Verlag: Friedrichs Buchverlag u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co., Berlin SW, Stern 1. Beilage.

Eine „Einladung“

Rönigstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Zehn Minuten vom Bahnhof



unser sehr reichhaltigen Vorräte an Damenkleidung

zu besichtigen, dürfte Sie gerade jetzt, vor dem Fest besonders interessieren. Namentlich unseren eleganten, doch preiswürdigen Plüsch-Mänteln, die sich doch so außerordentlich gut zu Festgeschenken eignen, sollte Ihre besondere Aufmerksamkeit gelten.

Am den Sonntagen vor Weihnachten bleiben unsere Geschäfte ausnahmsweise geöffnet!

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Don Carlos.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schönbr. Tor.
7 1/2 Uhr: Was ihr wollt.
Dir. C. Melchior — R. Bornauer.
Theater d. Königsgrätzerstr.
7 Uhr: Die Wildente.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die helden Soehundo.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

Theater für Donnerstag, 13. Dezember.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Preciosa. Hierauf Erstausführung: Das böllische Gold.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmüdel.
Sb. 2. 3. 4. Klein Dorch. u. d. Zinn.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädchen v. Lindenhof.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.
Neues Operettenhaus
Schiffb. d. Kassent. N. d. 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

NATIONAL-THEATER
Cöpen-Str. 68. Tägl. 7 1/2. Stürmischer Erfolg!
Täglich ausverkauft! Das ist die Siehe! Ueber 100 Male.
Sonder-Vergünstigung
(1. 1-6 Pers. bis 17. Dez. 1. die Abonn. dies. Zeitung)
Orchester-Sessel 1-4 M. 2.10 inkl. Gard.
Orchester-Sessel 5-8 M. 1.00
Mittel-Rang-Balkon M. 1.50
Sonnt. 3 1/2. Was j. Mädch. träumen. Vorv. 11-3 u. ab 6 U.

Weihnachtsgeschenke frühzeitig kaufen!
Belmonte
Leipziger Straße 97 und Königsstraße 46
Juwelen * Uhren
Gold- und Silberwaren
Besonders empfehlenswerte Geschenk-Artikel
Silberne Handtaschen
Goldene Gliederbänder mit Edelsteinen verziert
Offizier-Siegelringe
Silberne Zigarettenetuis
Halsketten mit modernen Anhängern
Châtelaines
Damen- und Herrenknoten
Armoanduliren
Gold- u. silberne Beistifte
Juwelen, Perlen werden zu hohen Preisen angekauft oder in Zahlung genommen.

WINTERGARTEN
Der neue große Varieté-Spielplan
= Ranche gestattet! =

URANIA
8 Uhr:
Tier und Mensch in der Wildnis.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Andreas Hofer.
Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Goldhähnchens Himmelfahrt.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.
Palast
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Früherer Verpflicht. weg. kann die Revue-Posse: „Och! Sie bleib nicht nach Berlin“ nur noch wenig Tag. aufgef. werd.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82. Zimmerstraße 60/61.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters,
Leiter: Komponist Franz von Sion.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, den 17. Dez.: Großes Wohltätigkeitsfest zum Besten der im Felde stehenden Kollegen und deren Familien, veranstaltet vom Gast- und Schankwirtsverein Südost.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Enrich-Hata-Kur (Dauer 10 T.),
Blutuntersuch. Schnell, sicheres
schmerz. Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung. 252/12°
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.
Fetta Masthühner 5.50 Pf. an
Mastenten 5.95 Pf. an
Kaninchen mit und ohne Fell
Schmidt vorm. Tasche
Planufer 21, am Halleschen Tor.
Spezialarzt
Dr. med. Laabs
sch. lässl. gründl. mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
störung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche (Tropfen) Heilung
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königsstr. 94/96. Schomb.
Spr. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 10-1

Zirkus A. Schumann
Bbl. Friedrichstraße.
Anfang 7 1/2 Uhr.
10 Tiger 10
Rieh. Sawade
Maud Wulff, Hlog. Hunde
und das übrige große
Programm.
Mexiko
Gr. Ausstattung-
Pantomime.

Busch
Täglich 7 1/2 Uhr,
Sonntags u. Sonntags
8 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
Das ausgezeichnete
Zirkus-Programm.
Zum Schluss:
Mondfahrt.
Phantasie-Pantomime
in 4 Akten.
Sonntag 8 1/2 Uhr:
Die drei Pierrots.
1 Kind frei!
Vorverk. tägl. ab 10 Uhr.
Voigt-Theater.
Badstr. 56. Badstr. 56.
Täglich:
Die Barbaren.
Casino-Theater
Polstinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 u.
Bieder ein allmeller Schloßer:
Samsterfrige.
Berliner Hofe in drei Aufzügen.
Vorher das neue bunte Progr.
Lena Nansen, 5 Bolgaroff uim.
Sonnt. 4 Uhr: Cufel Woria.
Trianon-Theater
Georgenstr., 8bl. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
7 1/2 Uhr Der 7 1/2 Uhr
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Tita,
v. Möllendorff, Mart. Keltner.
Stg. 3 1/2, kl. Pr.: Hedda Gabler.
10885°

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr
u. Sonnt. nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sängerkorps
Weihnachts-
Programm!
Nachmittags ermäßigte
Preise!

Glühpunsch,
Kaiserpunsch,
allkoholfrei. Liter 2.00 M.
allkoholfrei. Liter 2.20 M.
1 Teil Vanillegehalt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben einen
stärkenden süßen Punsch. Kein Zucker erforderlich. Die
Erfrische sind unter Verwendung von Wein hergestellt. Das
beste Getränk in jedem Haushalt. Ein Glas Punsch stellt
sich auf ca. 5 Pfennige. — Es wird köstl. geboten, Punsch
oder Gelebe zum Abkühlen mitzugeben.
H. Krömer, Berlin N 24, Oranienburger-Str. 68.
2. Verkaufsstelle, Weinsiederer Str. 149.
3. Kreuzstr. 78.
4. Neustäd. Berliner Str. 76.
Verkauft auch außerhalb in Storkowen von 3, 10 u. 25 Liter
Storkowen wird, 2. bereit. Preise franco zurückgenommen

Palast-Theater a. Zoo
Jeden Sonnabend 4 Uhr:
Max u. Moritz
mit Lotte u. Hildegard Müller v.
Kgl. Schauspielh. Kt. 0.75 bis
3.— Werth., Theaterk. (11-1).
Schwarzer Kater
Friedrichstr. 166.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Jean Morcau
Der bekannte Humorist
und Schriftsteller
u. das hervorragende
Dezember-Programm.
Haukap.: Fenyvesi.

Admirals-Palast.
Ballett auf dem Eleo
7 1/2 Uhr
Abrakadabra.
Vorzügliche Küche.

Pelzwaren
Kragen u. Muffen
1932/3 aus
Astrachan 86. 20 M.
Kamin 42
Seefuchs 75
Alaskafuchs 110
Silberfuchs 145
Preisw. Lager in
Marder- u. Iltis-Garn.
Hervorpelze Sportpelze
im
Pelzwaren-Haus
Hackescher Markt
Rosenthaler St. 40/41
Weihnachtsbäume
1 bis 4 1/2 Meter hoch, schön ge-
macht, einzeln u. gep. bei
Schneefall auf hohem Fuhrwerk
a. Hand. Puhmann-Theater,
Schönhäuser Allee 118.
Rurden 1182. 10885°

Punsch-
Extrakt
1 Teil mit 2 Teilen siedendem
Wasser ergeben einen alkoholfrei-
en (aromatischen) süßen Punsch.
Kein Zucker erforderlich
1/2 Fl. 2.— M. inkl.
Wiederverkäufer erhalten
Rabatt.
Lose von 5 Ltr. an, Ltr. 2 M.
Bei Mehrfachnahme billiger.
Otto Reichel
Eisenbahnstraße 4.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
sch. lässl. gründl. mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
störung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche (Tropfen) Heilung
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königsstr. 94/96. Schomb.
Spr. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 10-1